Sonntag, 27. August 1923 • 52. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 60 000 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 400

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Sonntagsreden Poincarés.

Polemische Auseinandersetzungen über 1870/71.

Frankreich nach wie vor gegen eine Nachprüfung des deutschen Zahlungsvermögens. — „Bezahlt uns oder wir bleiben!" Schmeicheleien für Amerika.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 27. August.

Die unbedeutenden Anspielungen, die die beiden gestrigen Reden Poincarés auf die letzten Ausführungen des Reichskanzlers enthielten, haben die Ankündigungen der offiziösen Blätter, daß Poincaré Herrn Dr. Stresemann eingehend antworten werde, wieder einmal Lügen gestraft. Das einzige, was Herr Poincaré aus der Rede vom Freitag herausgegriffen hat, war der Protest des Reichskanzlers gegen die viel zu niedrige Veranschlagung der durch Deutschland bereits erfolgten Leistungen durch die Reparationskommission. Poincaré erwiderte darauf, daß die Kommission bei der Schätzung der deutschen Zahlungen „mit peinlichster Gewissenhaftigkeit" vorgegangen sei, und daß ihre Ziffern die einstimmige Billigung sämtlicher Kommissionsmitglieder gefunden haben. Es sei deshalb „unsinnig", behaupten zu wollen, Deutschland habe bereits 42 oder 25 Milliarden bezahlt, wie dies ein amerikanisches Wirtschaftsinstitut behaupte, das man bisher in Frankreich vergeblich zu identifizieren versucht und in keinem offiziellen Handbuch der Vereinigten Staaten aufzufinden vermocht habe. Auf der anderen Seite aber zeigten solche „willkürlichen" (!) Schätzungen, wohin es führen müsse, wenn Frankreich der Forderung nach einer neuen Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch eine internationale Kommission nachgegeben haben würde. Er brauche deshalb nicht nochmals zu betonen, **daß Frankreich in diesem Punkte seine Haltung unter keinen Umständen zu ändern gedenke.** Der deutschen Politik von heute stellte Poincaré das Beispiel gegenüber, das Frankreich nach 1871 gegeben habe. Frankreich habe sich aus eigener Kraft wieder in die Höhe gearbeitet. Es habe dabei nichts Uebernatürliches vollbracht, aber es habe guten Willen und Loyalität an den Tag gelegt und sich dadurch die Hochachtung der ganzen Welt errungen. Was Frankreich vor 53 Jahren fertig gebracht habe, das könne Deutschland heute versuchen. Wenn es sich dazu nicht entschließen sollte, so würde Frankreich gezwungen sein, die Drohung wahr zu machen, die ihm gegenüber das siegreiche Deutschland angewandt habe: **„Bezahlt uns, oder wir bleiben!"**

Die Einleitung zu diesen Erklärungen bildete eine breite und grotesk verzerrte Schilderung des Friedens, den nach der Auffassung Poincarés Deutschland Europa und der Welt auferlegt haben würde, wenn es siegreich gewesen wäre. Was jemals an imperialistischen Wahnideen den krankhaft erregten Hirnen aller deutschen Bierbankstrategen entsprungen ist, das schiebt Poincaré als „offiziell proklamierte Kriegsziele" der deutschen Regierung zu. Die Bundesgenossen aber, von Serbien und Rumänien angefangen bis England und Amerika, glaubt er daran erinnern zu müssen, daß sie dem Siege Frankreichs ihre Rettung vor der Unterdrückung durch Deutschland verdanken! Den Engländern hält er vor, wie Deutschland das letzte Schiff ihrer Kriegsflotte vernichtet und England so mit der Herrschaft über das Meer die Gewalt über das britische Kolonialreich entwunden haben würde; den Italienern die territorialen Verluste, die sie erlitten haben würden, wenn Oesterreich-Ungarn im Bunde mit Deutschland siegreich gewesen wäre; selbst die Amerikaner, erklärte Poincaré, würden die Wirkungen eines deutschen Sieges sehr kräftig zu spüren bekommen haben, denn mit der lateinischen wäre es um die angelsächsische Kultur geschehen gewesen! Deutschland würde die Macht über ganz Europa an sich gerissen haben und eine politische, wirtschaftliche und intellektuelle Superiorität von einem Pole der Welt zum anderen aufzurichten versucht haben. In dem Augenblick, da Frankreich sich anschicke, die Erfüllung des Friedensvertrages zu erzwingen, habe es das Recht, die Erinnerungen an diese Pläne des deutschen Imperialismus wachzurufen. Welche außerordentliche Mäßigung habe dagegen Frankreich mit seinen Friedensbedingungen an den Tag gelegt (!!). Es habe Deutschland „nicht einmal" die Rückerstattung der Kriegskosten auferlegt, sondern es nur zur Wiedergutmachung der Schäden verpflichtet, die es angerichtet habe. (Und die Pensionen? D. Red.). Ein solches Urteil könne von der Welt wahrlich nicht als zu schwer bezeichnet werden, zumal wenn man es mit dem vergleiche, was Deutschland 1870/71 dem geschlagenen Frankreich auferlegt habe.

Die zweite Rede, die Poincaré am Nachmittag aus Anlaß der Enthüllung eines Denkmals zur Erinnerung an die Ankunft der ersten amerikanischen Truppen hielt, war dem Anlaß entsprechend, vorzüglich an die amerikanische Adresse gerichtet. Mit pathetischen Worten gedachte Poincaré der Kriegshilfe der Amerikaner, die vom ersten Augenblick an begriffen hätten, daß „die Sache Frankreichs die Sache der Menschlichkeit schlechthin" sei, und daß sie, indem sie die Freiheit Frankreichs schützen halfen, die eigene Freiheit verteidigten. Monate hindurch hätten die Amerikaner Seite an Seite mit den Franzosen gekämpft, ihr Blut sei geflossen, um zu verhindern, daß freie Staaten geknechtet würden von einer Macht, die die ganze Welt ihrer Herrschaft unterwerfen wollte, um zu verhindern, daß der Friede der Welt in Zukunft durch die wahnsinnigen Ambitionen einer Dynastie gefährdert werde. Um die Früchte des gemeinsamen Sieges zu sichern, fuhr Poincaré fort, wäre es wünschenswert gewesen, wenn das im Kriege geschlossene Bündnis auch im Frieden den Charakter und die Kraft einer Allianz beibehalten hätte. Der Vertrag von Versailles habe Frankreich zu der Hoffnung berechtigt, daß seine Sicherheit und mit ihr der Eingang der Reparationen garantiert sei. Aber der amerikanische Senat habe das Werk seines Präsidenten nicht ratifiziert. Amerika habe, nachdem es Europa so unvergeßliche Beispiele seines Seelenadels und seiner militärischen Leistungsfähigkeit gegeben habe, die Stunde für gekommen gehalten, sich auf sich selbst zurückzuziehen und sich nicht weiter um die europäischen Angelegenheiten zu kümmern. So sehr man das auch in Frankreich bedauert habe, so habe man doch andererseits wohl begriffen, daß dieser Beschluß nicht gegen Frankreich (?!) gerichtet gewesen sei, und daß er in keiner Weise die Gefühle der Freundschaft beeinträchtige, die beide Länder verbände. Obwohl die Vereinigten Staaten ihre Truppen vom Rhein zurückgezogen und in der Reparationskommission nur einen „Beobachter" zurückgelassen hätten, so habe er doch die „Gewißheit", daß man in Amerika die Politik Frankreichs mit Sympathie verfolge. Die amerikanische Regierung habe wohl verstanden, die Politik weder zu billigen noch zu mißbilligen, aber das amerikanische Volk in seiner übergroßen Majorität (?) finde es durchaus legitim, daß Frankreich da Deutschland nicht zahlen wolle (!), Pfänder in Besitz genommen habe, und daß es entschlossen sei, diese nicht gegen „leere Versprechungen" herauszugeben. Besser als irgendein anderes Volk werde das amerikanische begreifen, daß Frankreich „geradlinig" seinen Weg verfolge" und sich durch nichts anderes leiten lasse, als durch seine eigenen Rechte und Pflichten. Ein Volk, das seine Zeit in zwecklosen Ueberlegungen, in Klagen und unentschlossenem Hin- und Herschwenken verliere, dürfte in Amerika sicher als ein unfähiges und ohnmächtiges Volk erscheinen. Ein Volk aber, das wisse, was es wolle, werde der amerikanischen Achtung und Freundschaft stets sicher sein können. Die Ueberzeugung, daß nur der, der sich selbst zu helfen weiß, auf die Hilfe der Menschen und des Himmels zählen könne, habe Frankreich in die Ruhr geführt und alles, was sich seitdem ereignet habe, habe es in der Ueberzeugung nur noch bestärken können, daß es damals recht gehandelt habe.

Paris, 26. August. (W. T. B.)

Zu der heutigen Rede Poincarés in Chancey schreibt der „Temps" u. a., in der „Warnung", die Poincaré an Deutschland gerichtet habe, sei noch ein Gedanke enthalten, der die beste Rechtfertigung für die französische Politik darstelle. Deutschland zu sagen: „Bezahlt uns, oder wir bleiben!", das heiße, ihm auch sagen: **„Wir werden abziehen, wenn ihr bezahlt!"** So stelle das feierliche Wort, das der Leiter der französischen Regierung heute ausgesprochen habe, von neuem jene „gehässigen Verleumdungen" in Abrede, nach denen Frankreich nicht die Absicht gehabt hätte, seine Reparationen einzutreiben, sondern fremdes Gebiet wegzunehmen.

T. W. Auch wenn die Rede Stresemanns nicht gleich alle verriegelten Tore sprengen konnte, darf man zufrieden sein mit dem Eindruck, den sie hinterlassen hat. Zunächst einmal: es ist erfreulich und vorteilhaft, daß aus Deutschland eine solche, durch Gedankeninhalt, klare politische Linienziehung und Formschönheit hervorragende Rede hinausdringt, und daß die Welt an eine feste, staatsmännische Führung glauben kann. Seit dem Fürsten Bülow haben wir nicht zahlreiche Reichskanzler und Minister gehabt, die durch den Reiz und die Bedeutung des Wortes die Aufmerksamkeit des Auslandes zu fesseln verstanden, und die umjubelte Genueser Rede Walther Rathenaus war ein Ausnahmefall. Parlamentarisch ungeübten Kanzlern wurden in der wilhelminischen Epoche und später die angeblichen Kundgebungen ihrer Meinung in den Bureaus aufgeschrieben, so daß ihre Rede gewöhnlich nicht die Rede eines Mannes, sondern die Rede vieler Geheimräte war. Ueberall dort, wo man nicht absichtlich über das Wichtigste hinweggeht, hat die Erklärung Stresemanns, daß die Reichsregierung „einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die deutschen Reparationsverpflichtungen anbieten" wolle, die Beachtung gefunden, die sie verdient. Es ist eine unrichtige Behauptung, daß Stresemann sich über den passiven Widerstand ausgeschwiegen habe, denn indem er eine Verpfändung des Ruhrgebietes, eine Differenzierung zwischen Rheinland und Ruhr einerseits und Deutsches Reich andererseits" abgelehnt und ergänzend betont hat, daß es für uns keine international zu lösende Rheinlandfrage gebe, hat er angedeutet, wie und unter welchen Bedingungen die Einstellung des passiven Widerstandes möglich ist. Es ist immerhin ein Fortschritt, daß sogar der „Temps" sich mit der Rede Stresemanns sachlich und ohne verbitternde Bissigkeit befaßt. Die gestrige Sonntagsrede des Herrn Poincaré dagegen, die diesmal vor den Honoratioren von Chancey gehalten wurde, ist noch ganz von polemischer Heftigkeit durchflammt. Wir nehmen an, daß das, was Herr Poincaré über den Krieg von 1870/1871 und über die Bezahlung der französischen Kriegsschuld sagte, sich eigentlich nicht gegen Stresemann richtet, sondern den Verfassern der englischen Note gilt. Herr Poincaré, der offenbar immer noch diese Note liest, kann nicht darüber hinwegkommen, daß Lord Curzon zwischen der Aufbringung von vier Milliarden Goldmark und der „Erzwingung eines dreiunddreißigfachen Anspruches seitens eines Landes, das durch vier Jahre zähester Kriegführung und Blockade erschöpft ist", einen Unterschied macht. Er ist verstimmt darüber, daß Lord Curzon geschrieben hat: „Die [illegible]keit, mit der die 1871 auferlegte Kriegsentschädigung bezahlt wurde, war zum großen Teil die Folge der Kreditterleichterungen, die Frankreich erhielt." Darum hat er gestern, statt an der Erörterung der Gegenwartsprobleme mitzuwirken, die Geschichte der Vergangenheit so vorgetragen, wie er sie sieht.

Während in Berlin Stresemann sprach, hat, am gleichen Freitag, in Aberdeen, der britische Handelsminister Sir Philip Lloyd Greame erklärt, die Regierung, der er angehört, sei zu einer „liberalen" Regelung der interalliierten Schulden bereit. Er hat in seiner Rede dann ferner behauptet, eine wirksame Kontrolle der deutschen Finanzen sei die „bei weitem wichtigste Garantie". In der Antwortnote, die Herr Poincaré dem Kabinett Baldwin übersandt hat, sind die Bemerkungen über die interalliierten Kriegsschulden besonders präzis und klar. Indem wir unsere Schuld anerkennen," heißt es dort, „und nicht daran denken, sie unbezahlt zu lassen, sind wir also gezwungen, zu sagen, daß wir nur bezahlen können, nachdem wir das erhalten haben werden, was Deutschland uns schuldig ist. Wir werden, außer unseren 26 Milliarden aus den Obligationen A und B von Deutschland das fordern, was man von uns selber fordern wird. Je weniger man von uns verlangen wird, desto mehr wird Deutschland entlastet sein." Man braucht sich, da Recht und Logik ausgeschalteter Krempel sind, nicht bei der seltsamen These aufzuhalten, die uns für die zur Kriegführung geborgten Summen haftbar macht, obgleich der Artikel 232 des Versailler Vertrages ausdrücklich uns — wie auch Herr Poincaré selber soeben in Chancey betont hat — keine Kriegslasten, sondern nur die „Reparation" des Schadens, den die Zivilbevölkerung und das Eigentum erlitten haben, auferlegt. Auch die hervorragende Anwaltsgeschicklichkeit des Herrn Poincaré würde ein unparteiisches Gericht schwerlich bewegen, einen solchen Anspruch anzuerkennen. Aber wenn unparteiische Gerichte zu entscheiden hätten, sähe ja die Welt überhaupt anders aus. Durch eine „liberale" Regelung des französischen Schuldkontos könnte die englische Regierung die Reparationsfrage jedenfalls ein Stück vorwärtsbringen. Bisher hatten die englischen Kabinette an der Balfourschen Formel festgehalten, England könne den Franzosen nichts nachlassen, so lange Amerika sich nicht entschließe, für England das gleiche zu tun. Amerika in seiner erhabenen Ruhe, göttergleich auf eine Verwirrung, die es mit angestiftet hat, hinabblickend, hat hartnäckig abgelehnt. Es muß erwähnt werden, daß einige unerbittliche Pazifisten wie Nitti den Amerikanern, die eine derartige Ermunterung kaum erst brauchen, eifrig zureden, auf keinen halben Dollar zu verzichten und das tobsüchtige Europa durch Gläubigerhärte zur Abrüstung zu zwingen. Eine solche amerikanische Politik wäre natürlich nur dann heilsam, wenn Amerika aktiv auftreten und sich energisch gegen alle militaristische Gewalt wenden würde, statt dem Schicksal Europas gleichgültig gegenüberzustehen. Nun hat ja Baldwin, als er noch Finanzminister unter Bonar Law war, auf seiner Amerikareise die Frage der englischen Schuldverpflichtung in Ordnung gebracht. Er hat sie ohne Feilschen, ohne Abhandeln und mit einer noblen Geste geordnet, die in dem weniger zahlungseifrigen Frankreich mißfallen hat. Wird er Herrn Poincaré, wenn er mit ihm zusammentreffen sollte, die „liberale Regelung" mitbringen, von der sein Handelsminister spricht? Sie wäre dann gewissermaßen der englische Beitrag zu einem Kompromiß.

Zu der Behauptung des Sir Philip Lloyd Greame, daß eine wirksame Kontrolle der deutschen Finanzen die bei weitem wichtigste Garantie wäre, sind wohl ein paar Gegenbemerkungen erlaubt. Sollte der britische Handelsminister nur haben ausdrücken wollen, daß rein finanzielle Sicherungen besser seien als die politische Methode der Ruhrbesetzung, so stimmen wir ihm natürlich zu. Aber seine Worte passen nicht ganz zu den Erwartungen, mit denen die englische Presse, gleich uns, die wirtschaftliche Säuberungsaktion des Kabinetts Stresemann verfolgt. Wenn es der deutschen Regierung gelingt, selber Ordnung zu schaffen, dann brauchen wir keinen Kontrolleur. Die Aufgabe ist gigantisch, und bei jedem Schritt, von dem man meint, daß er ins Freie führen müsse, gerät man aufs neue ins Labyrinth. Unvermeidliche Erhöhung der Bergarbeiterlöhne führt zu einer neuen wilden Steigerung der Kohlenpreise, zum Ankauf der billigeren englischen Kohle und also abermals zur Markverschlechterung, wenn die Industrie nicht genötigt werden kann, für die Kohlenzahlung die aufgespeicherten Devisen aus dem Tresor zu ziehen. Die dringend nötigen „brutalen" Steuern verursachen vorläufig erhöhte Teuerung, vermehrten Notendruck. Nicht jedes Gift findet ein Gegengift, sondern aus jedem Gegengift, das man anwendet, entsteht einstweilen ein neues Gift. Es ist nicht nur zu befürchten, sondern bereits Tatsache, daß auch Unternehmer, denen es recht gut geht, einen Teil ihres Personals auf die Straße setzen, um so das Geld, das sie dem Vaterlande geben müssen, auf Kosten der Schwächsten wieder hereinzubringen. So könnte der Staat, der obendrein durch die schlechte Betriebssteuer den Vorwand geliefert hat, von allen anderen trüben Folgen ganz abgesehen, für Arbeitslosenunterstützung ebensoviel aufzuwenden haben, wie er durch die Besteuerung gewinnt. Dieselbe Fahrlässigkeit, die während des Krieges mit verderblicher Pumpwirtschaft auszukommen hoffte, und dieselbe Liebedienerei gegenüber den Großverdienern haben, jede solide Finanzmaßregel verhindernd, die wundervolle, gerechte und politisch richtige Sache des passiven Widerstandes geschädigt und eine wirtschaftliche Tollwut in Deutschland erzeugt. Dennoch muß allmählich der Ausweg sich zeigen, wenn nur etwas von dem Geiste Steins, nicht Havensteins, in Deutschland wieder Macht erlangt. Wir können Herrn Poincaré nur dankbar dafür sein, daß er in seiner vorletzten Sonntagsrede uns, obgleich mit irrtümlichen historischen Auslegungen, an den Freiherrn vom Stein erinnert hat. Stein hat auch das heute mehr als jemals beachtenswerte Wort gesprochen: „Der Staat ist kein landwirtschaftlicher und Fabrikenverein". Ein importierter Stein, ein Reformator aus der Fremde, ein Kontrolleur oder Oberkontrolleur würde uns nicht helfen können. Wir müssen uns selber herauswickeln, oder zugrunde gehen. Herrn Poincaré, der neulich auf Oesterreich verwiesen hat, das aus eigener Kraft — also nicht durch die Kraft des in Wien eingesetzten Kontrollbeamten — auf den Weg der Heilung gelangt sei, hat Stresemann zutreffend geantwortet, Oesterreich habe keine Besatzung und man habe ihm starke internationale Goldkredite und weitgehende Erleichterungen in seiner Reparationslast gewährt. „Wenn man uns von der Besatzung befreit, uns internationale Goldkredite zur Verfügung stellt, wenn man uns alle die anderen Erleichterungen wie Oesterreich gewährt, dann wird auch für uns der Tag kommen, an dem wir in der Lage sind, unser Budget in Ordnung zu bringen." Die Tätigkeit des österreichischen Ministerpräsidenten.